

31. Sitzung vom 6. November 2008

<b>Beginn der Sitzung:</b>	20.00 Uhr
<b>Vorsitz:</b>	Spahn Samuel, Präsident
<b>Protokoll:</b>	Kreyenbühl Hugo, Sekretär
<b>Stimmzähler:</b>	Meier Pius Tonini Esther Wirth Thomas
<b>Anwesend:</b>	30 Mitglieder
<b>Abwesend:</b>	Arnet André Beutter Andres Hogg Werner Romer Martin Schasse Esther Wittwer Stephan
<b>Behördenvertreter:</b>	Müller Otto, Stadtpräsident Balbiani Jean-Pierre, Vizepräsident Brunner Roger, Stadtrat Disler Gertrud, Stadtrat Illi Heinz, Stadtrat Schaeren Rolf, Stadtrat Buchli Gaudenz, Schulpräsident
<b>Weibeldienst:</b>	Polizeichef-Stv. Steger Albert Wm Minder Roger

## Mitteilungen

- a) Die Traktandenliste der nächsten Gemeinderatssitzung vom 20. November 2008 wird morgen per A-Post versandt.
- b) Das provisorische Sitzungsdatum vom 15. Januar 2009 muss für die Beschlussfassung über die Teilrevision der Gemeindeordnung in Anspruch genommen werden, damit die Volksabstimmung zur Vorlage am 17. Mai 2009 erfolgen kann. Die Spezialkommission hat ihre Sitzungsplanung entsprechend auf dieses Datum ausgerichtet. Die Ratsmitglieder werden gebeten, sich das Sitzungsdatum definitiv zu reservieren.
- c) Als Präsidentin der Spezialkommission Gemeindeordnung wurde Christa Maag, als Vizepräsidentin Rosmarie Joss, als Sekretär Hugo Kreyenbühl gewählt.
- d) Der Stadtrat hat diesen Montag den Antrag an den Gemeinderat zur Teilrevision der Gemeindeordnung verabschiedet.
- e) Die Interpellation von Martin Müller und 3 Mitunterzeichnenden betreffend Unsorgfalt im Wahlbüro wurde vom Stadtrat am 20. Oktober 2008 beantwortet.

31. Sitzung vom 6. November 2008

- f) Catherine Peer hat am 3. November 2008 eine Kleine Anfrage betreffend Anbringen eines Spiegels am Bollenhofweg eingereicht.

## Protokoll

Zum Protokoll der Sitzung vom 25. September 2008 wurden keine Berichtigungsanträge eingereicht.

## Traktandenliste

Es werden keine Änderungen zur Traktandenliste gewünscht.

## Fraktionserklärung SVP

Rochus Burtscher stellt fest, dass die Gemeinderatssitzung vom 20. November 2008 nur dann Sinn macht, wenn nebst den beiden Anträgen betreffend Kinderbetreuung weitere Geschäfte traktandiert werden können. Je nach heutigem Sitzungsverlauf ersucht die SVP-Fraktion das Büro deshalb, die Sitzung vom 20. November 2008 wieder abzusagen. Sollten die vorberatenden Kommissionen jedoch weitere Geschäfte beantragen können, wäre die Sitzung vom 20. November 2008 nötig, um die Budget-Sitzung vom Dezember zu entlasten.

## GV4.321.9. Traktandenlisten, Einladungen, Termine

### Fragestunde

Der Vorsitzende ersucht die Ratsmitglieder, die eingereichten Fragen kurz zu stellen. Es sind keine feststellenden Bemerkungen, sondern lediglich Fragen erlaubt. Direkt im Anschluss wird der jeweilige Abteilungsvorstand die Frage mündlich beantworten. Gemäss Geschäftsordnung besteht nach jeder Antwort Gelegenheit zur Diskussion, an der auch Zusatzfragen gestellt werden können. Die Redezeit ist dabei auf fünf Minuten beschränkt.

### Geräteschuppen Chrüzacher

*Martin Müller* stellt die Frage:

Wurde beim Geräteschuppen Chrüzacher für das Problem des zwischen Bodenplatte und Wänden eindringenden Regenwassers eine Lösung gefunden?

*Hochbauvorsteherin Gertrud Disler* antwortet, dass kein Problem besteht. Der Boden zieht durch die Kapillarwirkung des Betons bei starkem Regen Feuchtigkeit auf. Wasser kann keines eindringen, da der Überzug bis zu 2 cm erhöht und der Vorplatz entwässert ist. Einzig beim Tor kann der Regen zu einem gewissen Teil eindringen. Das wurde in Kauf genommen, da dort im Zirkulationsbereich kein Material gelagert werden kann. Im Gegenzug erhält man den Vorteil einer guten Durchlüftung und Belichtung des Raums.

### Aufgabenverzichtsplannung

*Martin Müller* stellt die Frage:

Wie ist der Stand der vom Stadtrat in der letzten Legislaturperiode begonnenen Aufgabenverzichtsplannung?

31. Sitzung vom 6. November 2008

*Finanzvorstand Rolf Schären* antwortet, dass im Jahr 2005 eine Arbeitsgruppe verschiedene Massnahmen aufgezeigt hat, um den städtischen Finanzhaushalt zu entlasten. Der Stadtrat hat entschieden, für das Budget 2006 rund 40 Optimierungsmassnahmen umzusetzen. Dadurch konnte der Finanzhaushalt um ca. Fr. 220'000.00 Franken entlastet werden. Von den betraglich relevanten, mittel- bis langfristig umsetzbaren Optimierungsmassnahmen wurden einige umgesetzt, wie die Erhöhung der Eintrittspreise beim Frei- und Hallenbad Fondli und die teilweise Abschaffung der freiwilligen Gemeindegzuschüsse. Andere wiederum sind in Vorbereitung, wie beispielsweise die Anhebung der Nachtparkgebühren. Bei einigen Massnahmen wurde entschieden, diese zum heutigen Zeitpunkt nicht umzusetzen. Einige wenige Optimierungsmassnahmen mussten aufgrund negativer Erfahrungen wieder rückgängig gemacht werden, wie beispielsweise der Verzicht auf A-Post oder die ausschliessliche Verwendung von Recyclingpapier. Die meisten umgesetzten Massnahmen wirken sich jedoch nachhaltig auf den Gemeindehaushalt aus. Es ist keine weitere Haushaltsoptimierung vorgesehen.

## Finanzkrise

*Martin Müller* stellt die Frage:

Gibt es aufgrund der gegenwärtigen Finanzkrise signifikante Buch- oder Realverluste seitens der Stadt zu vermeiden?

*Finanzvorstand Rolf Schären* antwortet, dass für das laufende Rechnungsjahr weder Buch- noch Realverluste zu verzeichnen sind. Für die nächsten Jahre ist davon auszugehen, dass Dietikon weniger stark von der Finanzkrise betroffen sein dürfte, als die finanzstarken Gemeinden. In den wirtschaftlich guten Jahren haben sich die Steuereinnahmen in den finanzstarken Gemeinden in einem grösseren Umfang erhöht als in Dietikon. Dementsprechend dürfte der Rückgang bei diesen stärker ins Gewicht fallen. Das kantonale Mittel der Steuerkraft dürfte mehr nach unten korrigiert werden als die relative Steuerkraft der Stadt Dietikon. Dies hätte zur Folge, dass die Beiträge aus dem Steuerkraftausgleich für die Stadt Dietikon tendenziell eher abnehmen werden. Die Auswirkungen auf die gesetzliche wirtschaftliche Hilfe sind zurzeit nicht abschätzbar. Erfahrungen aus früheren Jahren zeigen, dass die Folgen in der Sozialhilfe meist mit einer Verzögerung von zwei bis drei Jahren sichtbar werden.

## Ehemalige Gärtnerei Leuenberger

*Martin Müller* stellt die Frage:

Wem gehören die leerstehenden, alten Treibhäuser der ehemaligen Gärtnerei Leuenberger inmitten der Kernzone von Dietikon heute und inwieweit kann die Stadt auf den Eigner einwirken, den Schandfleck zu beseitigen?

*Hochbauvorsteherin Gertrud Disler* antwortet, dass der Stadtrat davon ausgeht, dass dem Fragesteller der Inhaber des Grundstücks bekannt ist. Sollte dies nicht der Fall sein, gibt die Hochbauabteilung gerne Auskunft. Die Treibhäuser werden teilweise durch Dritte genutzt. Dass sie keine Gärtnerei mehr beherbergen, ist bedauerlich, Sie aber als Schandfleck zu bezeichnen unangebracht.

31. Sitzung vom 6. November 2008

## Wohnblöcke entlang Haslernstrasse

*Martin Müller* stellt die Frage:

Wem gehören die veralteten Wohnblöcke längs entlang der Haslernstrasse, die wohl auch energetisch kaum dem heutigen Standard entsprechen?

*Hochbauvorsteherin Gertrud Disler* antwortet, dass der Baubehörde keine Sanierungsprojekte bekannt sind.

## Katalog Gebundene Ausgaben

*Anton Kiwic* stellt die Frage:

Wie viel hat die Ausarbeitung des Katalogs "Gebundene Ausgaben" gekostet? Wenn die Zahl so nicht vorhanden ist: Wie viele Stunden wurden durch Leiter, Mitarbeiter und/oder Lehrlinge aufgewendet, um den Katalog zu erstellen?

*Finanzvorstand Rolf Schären* antwortet, dass der Katalog durch die Finanzabteilung in Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen erstellt wurde. Es wurden ca. folgende Stunden aufgewendet:

Leiter Finanzabteilung	50 Stunden
Abteilungsverantwortliche	20 Stunden
Sachbearbeitung Finanzabteilung	30 Stunden
Lehrling Finanzabteilung	20 Stunden
Total	120 Stunden

Dies ergibt Personalkosten von rund 7'000 Franken (inkl. Sozialleistungen). Die Beantwortung einer Frage für die Fragestunde des Gemeinderates ist vergleichsweise günstig, sie kostet nur etwa Fr. 100.00. Sowohl die Kosten für die Beantwortung eines Postulats wie auch für die Beantwortung dieser Frage gelten als gebundene Ausgaben.

## "Ungebundene Ausgaben" Werkabteilung

*Anton Kiwic* stellt die Frage:

Warum ist das Gros der "Ungebundenen Ausgaben" bei der Werksabteilung nicht detailliert beschrieben, sondern in der Regel mit "Diverses" und "interne Verrechnung" gekennzeichnet?

*Finanzvorstand Rolf Schären* antwortet, dass es sich bei den mit "Diverses" bezeichneten Ausgaben um unzählige kleinere und mittlere Positionen handelt, welche nicht weiter aufgeschlüsselt werden konnten (z. B. Schlüsselnachbestellungen, Ergänzungen Werkzeuge usw.). Interne Verrechnungen sind Gutschriften und Belastungen zwischen Amtsstellen, welche freiwillig vorgenommen werden können und daher für diese Zusammenstellung als nicht gebunden gelten. Interne Verrechnungen erhöhen die Transparenz, da sie die tatsächlich in einem Bereich anfallenden Kosten aufzeigen. In den Gemeindebetrieben machen interne Verrechnungen Sinn, da die Ausgaben im Gegensatz zu den übrigen Bereichen durch Gebühren finanziert werden.

## Lärmschutzwände an der Bernstrasse

*Max Wiederkehr* stellt die Frage:

Wieso wurde an der Bernstrasse eine kleinere Bevölkerungsgruppe vor dem Verkehrslärm, welcher mit maximal 50 km/h vorbeifahren darf, geschützt? Wieso wird als Beispiel die wesentlich grössere Bevölkerungsgruppe entlang der Steinmülistrasse vor dem ebenfalls mit 50 km/h vorbeifahrendem Verkehrslärm nicht auch mit geeigneten Massnahmen geschützt?

31. Sitzung vom 6. November 2008

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass die Wohnbevölkerung durch geeignete Massnahmen vor übermässigem Lärm geschützt werden muss. Strasseneigentümer müssen handeln, wenn die Alarmwerte überschritten werden. Gegenwärtig werden die Lärmschutzwände an der Bernstrasse fertig montiert; dieses Kantonsprojekt ist Teil eines Sanierungsprogrammes. Die Bernstrasse ist sehr stark befahren und der Anteil an Lastwagen recht gross. Die Alarmgrenzwerte werden zwar nicht erreicht, der Immissionsgrenzwert jedoch überschritten. Der Kanton plant in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Dietikon weitere Massnahmen. Die Steinmürlistrasse ist eine kommunale Sammel- und Verbindungsstrasse, wird aber stark als Durchgangsstrasse gebraucht und der Verkehr hat zugenommen. Lärmschutzwände stellen an diesem Ort keine geeignete Massnahme dar, um anliegende Häuser vor übermässigem Lärm zu schützen, da sie das Ortsbild beeinträchtigen würden. Nützen würden beispielsweise eine Temporeduktion oder Verkehrsverlagerungen. Die im Jahr 2005 der Bevölkerung unterbreitete Vorlage "Tempo 30 Steinmürlistrasse" hat jedoch im Stimmvolk keine Mehrheit gefunden. Der Stadtrat kann aber auf einzelnen Strassen Lärmkataster aktualisieren bzw. aufgrund von neuen Verkehrszahlen anpassen. So wird ersichtlich, wo allenfalls Grenzwerte überschritten werden und Massnahmen angezeigt sind.

## Baustoffumschlagplatz zu Überbauung Trio (Schellerareal)

*Max Wiederkehr* stellt die Frage:

Wie gross sind die Einnahmen für die Sonderbewilligungen für das Auf- und Abladen von Baustoffen beim Schellerareal gewesen? Stehen diese Sonderbewilligungen nicht im Widerspruch zu den Auflagen in der Baubewilligung?

*Hochbauvorsteherin Gertrud Disler* antwortet, dass die Bewilligung, die Zürcherstrasse für den Materialablad zu benutzen, die kantonale Baudirektion erteilt hat. Als Strasseneignerin kann sie in Abweichung zur kommunalen Baubewilligung nachträglich eine Bewilligung zur Benutzung der Staatsstrasse für den Materialablad erteilen, wenn um eine solche von der Bauherrschaft nachgesucht wird, was vorliegend geschehen ist. Der Stadt Dietikon sind daraus keine Einnahmen erwachsen.

*Max Wiederkehr* erwidert, dass im Rat anlässlich einer Sitzung gesagt wurde, dass Gebühren anfallen werden.

*Gertrud Disler* erklärt, dass dies an der Poststrasse der Fall war, nicht hier.

## Abfallsammelstelle Zelgliplatz

*Max Wiederkehr* stellt die Frage:

Auf meine Frage betreffend Verkehrsverbesserungsmassnahmen bezüglich Abfallsammelstelle Zelgliplatz wurde mir in der Fragestunde vom 3. November 2005 vom Stadtrat geantwortet, dass ein Verbesserungs-Umbau bevorstünde. Endlich Anfangs 2008 wurde das Umbauprojekt eingereicht und bewilligt. Nun ist es November 2008 und vor Ort ist immer noch nichts passiert. Wieso benötigt dieses Kleinprojekt mehr als drei Jahre von der Beschlussfassung bis zur Verwirklichung? Wann ist die Eröffnung? Wer ist der Verantwortliche für dieses Projekt?

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass auch der Stadtrat mit den zeitlichen Verzögerungen, die wegen Projektänderungen und Verhandlungen mit dem Kanton ausgelöst wurden, nicht zufrieden ist. Verantwortlich für das Geschäft ist bis zur Kreditbewilligung die Gesundheitsabteilung, anschliessend die Tiefbauabteilung. Die Baubewilligungen sind nun alle in Rechtskraft erwachsen.

*Max Wiederkehr* fragt nach, was mit Eröffnung im Frühling 2009 gemeint sei?

*Otto Müller* antwortet, dass er mit benötigten drei Monaten rechnet.

31. Sitzung vom 6. November 2008

## Fahrzeug in Polizeigewahrsam

*René Bizzozero* stellt die Frage:

An der Fondlistrasse, Höhe Bauernhof Keller, steht seit mehreren Monaten ein gelbes Fahrzeug mit Stoffverdeck parkiert. Anfänglich war das Auto mal mit einer Radsperre blockiert, später mit einem polizeilichen Siegelband versehen. Das Fahrzeug hat in dieser Zeit auch Beschädigungen erlitten unter anderem Schnitte im Verdeck. Ich bitte den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen: Weshalb wird ein Fahrzeug so lange auf einem öffentlichen Parkplatz stehen gelassen? Muss davon ausgegangen werden, dass der Eigentümer des Fahrzeugs Schadenersatzforderungen an die Stadt Dietikon stellen wird, weil das Fahrzeug zu wenig ge- und geschützt ist?

*Sicherheitsvorstand Heinz Illi* antwortet, dass, nachdem das Fahrzeug ohne Kontrollschilder im Mai 2008 festgestellt wurde, diverse Abklärungen gemacht und Unterlagen beschafft werden mussten. Das Fahrzeug wurde über ein Auktionsportal an eine Person mit Wohnsitz in Deutschland verkauft, von dieser aber nicht abgeholt. Mittels Rechtshilfeersuchen an die deutsche Polizei wurde die Befragung des neuen Fahrzeughalters erbeten. Dieses Gesuch ist von der deutschen Polizei in den letzten Tagen ergebnis- und kontaktlos retourniert worden. Es sind keine Schadenersatzansprüche zu erwarten, da die Kosten für die Wegschaffung, mögliches Bussendepositum und die aufgelaufene Nachtparkgebühr den Wert des Fahrzeuges übersteigen. Das Fahrzeug wurde inzwischen entsorgt.

## Unbewilligte Bautätigkeit

*Rochus Burtscher* stellt die Frage:

Was unternimmt das Dietiker Bauamt, wenn es Informationen von unbewilligten Bautätigkeiten aus der Bevölkerung erhält?

*Hochbauvorsteherin Gertrud Disler* antwortet, dass, wenn Informationen seitens der Bevölkerung über angeblich unbewilligte Bautätigkeiten der Hochbauabteilung zur Kenntnis gebracht werden, die Baupolizei den Vorgang überprüft. Sollte sich herausstellen, dass die Bautätigkeit tatsächlich bewilligungspflichtig ist, so wird die Bauherrschaft aufgefordert, ein nachträgliches Baugesuch einzureichen. Kommt sie dieser Pflicht nicht innert Frist nach, so wird ein Baugesuch von Amtes wegen erstellt und geprüft. In schwerwiegenden Fällen, wie z. B. dem offensichtlichen Fehlen der Bewilligungsfähigkeit, kann der Bau behördlich eingestellt werden.

## Bewilligung für Container

*Peter Wettler* stellt die Frage:

Brauchte es eine Bewilligung dafür, einen hässlichen Container zwei Wochen lang auf den Kirchenplatz zu stellen?

*Sicherheitsvorstand Heinz Illi* antwortet mit Ja.

*Peter Wettler* fragt nach, ob durch das geschaffene Präjudiz nun beispielsweise jeder Verein die Bewilligung erhält, einen Container aufzustellen?

*Heinz Illi* erwidert, dass bei jedem Gesuch geprüft werden muss, wie die Anforderungen für eine Bewilligung sind.

*Peter Wettler* möchte wissen, was den Stadtrat zur Bewilligung veranlasst hat.

*Heinz Illi* antwortet, dass es ein Anliegen aus der Bevölkerung war. Es wurden auch schon früher Bewilligungen für Anlässe und Projekte auf dem Kirchenplatz erteilt. Das Echo war gut.

*Peter Wettler* fragt, was im Container drin war?

31. Sitzung vom 6. November 2008

*Josef Wiederkehr* erklärt, dass mehrere hundert Personen hinter diesem Container standen, der auf das Projekt Gateway aufmerksam machte.

*Ratspräsident Samuel Spahn* erklärt, dass die Zeit von 5 Minuten für die Diskussion über diese Frage um ist. Weitere Antworten sind auf anderem Weg einzufordern.

*Peter Wettler* ist dezidiert gegen das Aufstellen von Containern auf dem Kirchplatz.

*Stadträtin Gertrud Disler* erklärt, dass die Bewilligung von der Baukommission befristet erteilt wurde. Der Container stand auch in anderen Gemeinden, die vom Gateway betroffen sind.

## Bonsai-Bäumchen

*Peter Wettler* stellt die Frage:

Wer ist auf die geniale Idee gekommen, entlang der unteren Poststrasse niedliche Bonsaibäumchen zu pflanzen?

*Werkvorstand Jean-Pierre Balbiani* antwortet, dass an der Unteren Poststrasse keine Bonsaibäumchen gepflanzt wurden, sondern Kugel-Ahornbäume, wie sie seit ca. 15 Jahren an der Bremgartnerstrasse 8 und 10 stehen. Die Kugel-Ahornbäume werden ca. 4 Meter hoch mit einem Kronendurchmesser von ca. 3.5 Meter und eignen sich daher speziell für die engen Platzverhältnisse an der neu gestalteten Unteren Poststrasse. Der Stadtrat hat diese Bepflanzung bewilligt.

*Peter Wettler* erklärt, dass seinen Kunden auffällt, dass die Stadt Dietikon sparsam umgeht mit neuen Bäumen.

## Bauabrechnung Kirchplatz

*Markus Erni* stellt die Frage:

Wann ist mit der Bauabrechnung für den Kirchplatz zur rechnen?

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass die Abrechnung erstellt ist und zurzeit von der Finanzverwaltung geprüft wird. Anfang nächstes Jahr soll sie an den Gemeinderat überwiesen werden.

## Garantearbeiten Kirchplatz

*Markus Erni* stellt die Frage:

Warum sind beim Kirchplatz noch keine Garantearbeiten ausgeführt worden, obwohl die zweijährige Garantiefrist bereits abgelaufen ist?

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass diverse Mängel geltend gemacht wurden (Storen in der Markthalle, verfärbte Platten, Sitzbänke). Die Platten wurden teilweise ersetzt. Hinsichtlich des Problems mit den Storen steht man mit dem Lieferanten in Verhandlungen, da die Steuerung noch Probleme verursacht.

## Sperrung Trottoir

*Rosmarie Joss* stellt die Frage:

Wieso war es in diesem Sommer wiederholt möglich, dass die Harley-Davidson Felix Bächli AG das Trottoir an der Überlandstrasse sperren konnte?

*Sicherheitsvorstand Heinz Illi* antwortet, dass die Firma Harley-Davidson Felix Bächli AG im Jahr 2008 an zwei Daten eine Veranstaltung durchführte. Dafür wurde durch das Polizeisekretariat eine Bewilligung für den Sonntagsverkauf ausgestellt. Die Motorräder werden an diesen Veranstaltungen

31. Sitzung vom 6. November 2008

jeweils auf dem Radweg bzw. Trottoir vor der Firma Felix Bächli AG abgestellt. Dabei ist ein privater Verkehrsdienst im Einsatz, der mit Triopanen und Pylonen für einen geregelten Ablauf des Parkdienstes sorgt. Da es sich bei der Ueberlandstrasse um eine Kantonsstrasse handelt, ist für die Sperrung von Radweg und Trottoir die Kantonspolizei zuständig. Nach Angaben der Kapo wird der Anlass geduldet.

*Rosmarie Joss* erklärt, dass man sich als Fahrradfahrerin bei Anlässen dieser Firma nicht immer sicher fühlt.

## Zebrastrreifen

*Rosmarie Joss* stellt die Frage:

Was wird von der Stadt unternommen, dass z. B. in der Viaduktstrasse, beim Kreisel vor dem Coop Verteilzentrum oder in der Bremgartnerstrasse (wieder) Zebrastrreifen entstehen?

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass für die Bewilligung von Fussgängerstreifen die Kantonspolizei zuständig ist. Fussgängerstreifen werden erstellt, wenn es die Frequenzen rechtfertigen und die Sicherheit tatsächlich erhöht wird. Damit der Kanton einen Fussgängerstreifen erstellt, muss dieser täglich von mindestens 50 Personen benutzt werden. Der Stadtrat wird der Sache aber nachgehen, da Fussgängerstreifen wiederholt an Fragestunden thematisiert wurden. Der Übergang Bremgartnerstrasse wird nicht mehr aufgemalt, da dieser zu gefährlich ist. Der Übergang bei der Viaduktstrasse wird hingegen weiter verfolgt. Der provisorische Kreisel wird im Jahr 2010 durch eine Anlage ersetzt und leicht verschoben; gegenwärtig ist nur eine Fussgänger Verbindung mit Streifen gesichert und diese Situation ist vor allem für Fahrradfahrer schwierig.

## Signalisation Strassensperrungen

*Rosmarie Joss* stellt die Frage:

Wo und wie werden kurzfristige totale Sperrungen von Strassen und Wegen signalisiert, sodass der Benutzer u. a. auch der Langsamverkehr rechtzeitig sinnvoll ausweichen kann?

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass es tatsächlich kurzfristige Sperrungen gibt und man bemüht ist, sinnvolle Umleitungen anzubieten. Es gibt aber auch Umstände (Wasserbruch usw.), wo kurzfristige Sperrungen unumgänglich sind. Fussgänger werden mit blauen Hinweisschildern geführt und auch die Wege für Fahrradfahrer werden signalisiert; was hin und wieder schwierig ist und dazu führen kann, dass diese vom Velo absteigen müssen. Grossräumige Umfahrungen werden von den Fahrradfahrern jedoch nicht immer benutzt, wie es beispielsweise an der Bernstrasse beobachtet werden konnte.

*Rosmarie Joss* erklärt, dass sie sich freuen würde, wenn diesem Punkt künftig mehr Beachtung geschenkt würde.

## Schulgarten

*Trudi Frey* stellt die Frage:

Obwohl der Schulgarten Zelgli einen Teil an die Abfallentsorgungsstelle abgeben muss, bleibt ein recht grosser Teil übrig; was gedenkt die Schule mit diesem Garten zu machen?

*Schulpräsident Gaudenz Buchli* antwortet, dass der verbleibende Garten voraussichtlich weiterhin durch die Schule genutzt wird. Es steht aber noch nicht fest, durch welche Klassen. Bis anhin waren dies Klassen vom Zentral, es könnten aber auch andere Schuleinheiten möglich sein. Der zu-

31. Sitzung vom 6. November 2008

ständige Lehrer wird mit der Bauleitung der Sammelstelle Kontakt aufnehmen und die Lage vor Ort beurteilen.

## Liegenschaft Schulstrasse

*Trudi Frey* stellt die Frage:

Wer benutzt zu welchem Zweck die Liegenschaft an der Schulstrasse 5 (alte Schulzahnklinik)?

*Schulpräsident Gaudenz Buchli* antwortet, dass diese Räumlichkeiten zurzeit als Kindergartenzentrum (gemeinsames Lehrerzimmer der Kindergärtnerinnen), als Material- und Sammlungsräume (Kindergartenbibliothek), als Mal-Atelier und für einzelne Zusatzstunden (Deutsch als Zusatzsprache) benutzt werden. Die künftige Verwendung ist noch nicht festgelegt.

## Berechnung Subventionstarif

*Trudi Frey* stellt die Frage:

Wird bei der Berechnung des Subventionstarifs bei Krippen oder Hort das Einkommen des Konkubinatspartners mit berücksichtigt? Wenn ja, gibt es bei der Stadtverwaltung eine einheitliche Regelung?

In Vertretung des Sozialvorstandes antwortet *Finanzvorstand Rolf Schären*, dass in den § 2 bis § 4 des Elternbeitragsreglements festgelegt ist, welche Einkommen für die Festlegung des Elternbeitrages herangezogen werden: Den Eltern gleichgestellt sind Stiefeltern, verheiratete Eltern mit unterschiedlichen Wohnsitzen und nicht verheiratete Eltern im gleichen Haushalt. Den Eltern gleichgestellt sind ferner Elternteile, die getrennt leben und die elterliche Sorge zugeteilt erhalten haben sowie geschiedene oder getrennt lebende Elternteile, welche den Betreuungsvertrag eingehen, unabhängig davon, ob die elterliche Sorge gemeinsam mit dem andern Elternteil ausgeübt wird. Diese Regelung wurde vom bestehenden Hortreglement ohne Änderung übernommen. Entspricht das Konkubinatspaar der leiblichen Mutter und dem leiblichen Vater, dann gilt die Regelung gemäss § 2, d.h. für die Bemessung wird das Gesamteinkommen berücksichtigt. Diese Angaben können über das Steueramt geprüft werden. Bis heute ist im Elternbeitragsreglement nicht festgehalten, was geschieht, wenn ein Konkubinatspartner nicht leiblich ist. In diesen Fällen wurden bis anhin bei der Berechnung des Horttarifs lediglich die Einkünfte des leiblichen Elternteils berücksichtigt. Grundsätzlich sind nicht leibliche Konkubinatspartner gesetzlich nicht verpflichtet, sich an der Entwicklung und Erziehung der Kinder finanziell zu beteiligen, da keine Unterhaltspflichten bestehen. Trotzdem könnte beispielsweise der Begriff der "eheähnlichen Beziehung" eingeführt werden und, falls diese über eine bestimmte Dauer besteht, ebenfalls § 2 angewandt werden. Es gibt Städte, die ähnliche Regelungen definiert haben.

## Unterstützungsfälle

*Trudi Frey* stellt die Frage:

Wie viele Unterstützungsfälle jugendlicher Schulabgänger gibt es und wie sind diese aufgeteilt (männlich, weiblich bzw. Schweizer, Ausländer)?

In Vertretung des Sozialvorstandes antwortet *Finanzvorstand Rolf Schären*, dass die am 31. Oktober 2008 gemachte Auswertung folgende Resultate ergab:

16- bis 18-jährige Jugendliche:

Total werden 65 Personen im Alter zwischen 16 und 18 Jahren unterstützt. Diese Jugendlichen erhalten zusammen mit ihren Familien Sozialhilfeleistungen und werden nicht einzeln unterstützt. Davon sind 24 Personen Schweizer/innen und 41 Ausländer/innen. Von den 24 Schweizern/innen sind 13 Personen männlich und 11 weiblich. Von den 41 Ausländern/innen sind 22 Personen männlich und 19 weiblich.

31. Sitzung vom 6. November 2008

19- bis 25-jährige junge Erwachsene:

Total werden 117 Personen im Alter zwischen 19 und 25 Jahren unterstützt. Diese jungen Erwachsenen werden zum Teil zusammen mit ihren Familien jedoch meistens einzeln unterstützt. Davon sind 40 Personen Schweizer/innen und 77 Ausländer/innen. Von den 40 Schweizern/innen sind 18 Personen männlich und 22 weiblich. Von den 77 Ausländern/innen sind 29 Personen männlich und 48 weiblich.

## Dietiker Wein

*Trudi Frey* stellt die Frage:

Wäre es möglich, beim Kellermeister des Dietiker Weins stadträtlichen Einfluss zu nehmen, damit dieser einen mundigeren Dietiker Wein keltert?

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass die Stadt im Gespräch mit den Winzern ist. Die Beurteilung des Weins ist subjektiv und Geschmackssache; Hanglage, Wetter usw. können vom Stadtrat jedoch nicht beeinflusst werden. Es werden Blauburgunder-Trauben (Pinot noir) aus Oetwil gekeltert. Der Riesling Sylvaner stammt aus Weiningen. Die Kelterei ist auf dem neuesten Stand, die Rebstöcke müssen jedoch evtl. ersetzt werden; ebenfalls soll allenfalls ein anderer Verschluss geprüft werden. Leider leiden die Weine unter den Temperaturschwankungen im Stadthaus, ideal für die Weine wäre eine gleichbleibende Temperatur von 16° C. Pro Jahr kann die Stadt Dietikon 800 Flaschen beziehen, jährlich werden jedoch nur ca. 600 Flaschen verkauft. Das Kontingent an altem weissen Wein wird dadurch immer grösser. Die Weine werden nun in einer neuen Hülle präsentiert. Die Flasche erhalten eine neue Form und eine neue Etikette.

## Friedhofterminal

*Josef Wiederkehr* stellt die Frage:

Wie den Medien zu entnehmen war, verfügt Dietikons Friedhof nun über ein computergesteuertes Abfragesystem. Mit welcher Lebensdauer der Anlage rechnet der Stadtrat? Mit wie vielen ernsthaften Nutzungen rechnet er während dieser Periode? Und von welchen Gesamtkosten (Anschaffung und Unterhalt) geht er aus?

*Gesundheitsvorstand Roger Brunner* antwortet, dass die Lebensdauer bei diesen technischen Geräten auf 7 bis 10 Jahre geschätzt wird. Es kann sein, dass allenfalls der PC früher ersetzt oder mit einem neuen Betriebssystem versehen werden muss. Dies geht jedoch unter die Rubrik Unterhalt und Systempflege. Ziel des Terminals ist eine Dienstleistung und nicht grösstmögliche Benutzungszahlen. Die Referenzgemeinde Reinach BL hat das Terminal seit zwei Jahren in Betrieb und gut 7'000 Zugriffe registriert. Das ergibt grob gerechnet einen Tagesdurchschnitt von 8 bis 10 Zugriffen. Die Statistik in Dietikon zeigt bis heute 452 Zugriffe vom 1. bis 3. November 2008, d.h. ca. 150 pro Tag, was teilweise sicherlich auch mit Fehlversuchen zu begründen ist. Die Abrechnung erfolgt nach Erhalt aller Rechnungen. Sie wird im Rahmen des Kredites von Fr. 47'000.00 erfolgen. Die jährlichen Unterhaltskosten belaufen sich auf ca. Fr. 700.00.

*Josef Wiederkehr* möchte wissen, was eine einzelne Nutzung kostet? Der Terminal ist kompliziert wie ein VBZ-Automat, ist die Benutzung auch so teuer wie ein Billett?

*Roger Brunner* erklärt, dass kein Münzautomat installiert werden soll, wie bei VBZ-Automaten.

31. Sitzung vom 6. November 2008

## Schlaglöcher in Limmatuferweg

*Josef Wiederkehr* stellt die Frage:

Vermutlich im Zusammenhang mit der Überbauung des Schellerareals wurden vor längerer Zeit Grabarbeiten am Limmatuferweg getätigt. Hierfür wurde an einigen Stellen der Belag entfernt. Wann werden die Belagslöcher geflickt? Wer kommt für diese Kosten auf?

*Werkvorstand Jean-Pierre Balbiani* antwortet, dass die Grabarbeiten am Limmatuferweg für ein neues Signalkabel des Kläranlageverbandes Limmattal getätigt wurden. Die Muffenlöcher wurden letzte Woche geflickt und dem Kläranlageverband in Rechnung gestellt.

*Josef Wiederkehr* will wissen, wieso die Belagslöcher während mehreren Monaten nicht geflickt wurden?

*Jean-Pierre Balbiani* antwortet, dass diese Zeitangabe nicht stimmen könne.

## Reinigung Natursteinplatten Kirchplatz

*Irene Wiederkehr* stellt die Frage:

Wie gross ist der zeitliche und finanzielle Aufwand für die Reinigung der Natursteinplatten auf dem Kirchplatz? Wird dieser Aufwand immer grösser und hat sich der Stadtrat schon über andere Lösungen Gedanken gemacht?

*Werkvorstand Jean-Pierre Balbiani* antwortet, dass es tatsächlich so ist, dass ein sauberer Kirchplatz viel Aufwand bedeutet. Die Natursteinplatten müssen je nach Aktivitäten 3 bis 5 mal pro Jahr nass gereinigt werden, was ca. 20 Arbeitsstunden und Kosten von rund Fr. 2'000.00 pro Reinigung ausmacht. Auch ist das Entfernen von Kaugummis auf den Granitplatten sehr aufwendig.

## Holzschneitzelheizung Steinmürlischulhaus

*Irene Wiederkehr* stellt die Frage:

Funktioniert diesen Winter die Holzschneitzelheizung im Steinmürlischulhaus und wird sie zu 100 % eingesetzt?

*Hochbauvorsteherin Gertrud Disler* antwortet, dass die Steuerung der Holzschneitzelheizung für diese Heizperiode neu eingestellt wurde, sodass sie nun funktioniert. Man hat festgestellt, dass die Heizung nur gut funktioniert, wenn die Temperaturen unter 5 °C sind und sie auf voller Leistung läuft. Wenn es wärmer ist, setzt sie immer wieder aus und verursacht Emissionen.

## Verkehrskonzept Aldi

*René Stucki* stellt die Frage:

ALDI stellt seinen Kundinnen und Kunden 125 Parkplätze zur Verfügung. Wurde für diese zusätzliche Mehrbelastung des Verkehrs ein Konzept erarbeitet, um allfällige Staus auf den Zufahrtsstrassen vorzubeugen oder zu vermeiden?

*Stadtpräsident Otto Müller* antwortet, dass unterirdisch 200 Parkplätze bewilligt sind. Im westlichen Teil wurden 95 Parkplätze in Betrieb genommen, davon sind 37 für die Wohnungsmieter reserviert. ALDI ist durch den öffentlichen Verkehr sehr gut erschlossen. Die ersten Tage haben gezeigt, dass sehr viele Kunden/innen den neuen Einkaufsladen benutzen. Das auf Mehrbelastungen ausgerichtete Verkehrskonzept ist ein Teil der Baubewilligung. Die Verkehrsführung mit Einfahrt in die Poststrasse wird nächste Woche wieder möglich sein. Auch die Lichtsignalanlagen werden neu

31. Sitzung vom 6. November 2008

installiert und programmiert. Allfällige Optimierungen sind nach einer provisorischen Betriebsphase vorgesehen. ALDI hat in den ersten Tagen auch einen Verkehrsdienst eingesetzt.

## Mehrweggeschirr der Stadt

*Christa Maag* stellt die Frage:

Wo, das heisst, an was für Anlässen sind die seit einigen Monaten zur Verfügung stehenden Mehrwegbecher und -gläser eingesetzt worden? Wie haben sie sich bis jetzt bewährt? Wird in Zukunft auch anderes Mehrweggeschirr wie Teller und Besteck zum Einsatz kommen?

*Gesundheitsvorstand Roger Brunner* antwortet, dass eine Absichtserklärung seitens Stadtrat vorliegt, die verlangt, dass bei allen stadteigenen Anlässen Mehrwegbecher eingesetzt werden. Eingesetzt wurden die Dietiker Mehrwegbecher u.a. bei folgenden Anlässen: Personalfest, Chrüzacherfest, Gemeinderatsanlass, Clean Up, Ochsner Trophy, SLRG beim Schwimmbad, Euro'08, Bundesfeier. Der Einsatz hat sich bewährt, jedoch gab es auch interne Widerstände. Ein diesbezügliches Promotionskonzept ist in Erarbeitung. Leider musste der Servicedienstleister im September 2008 die Bilanz deponieren und die Mehrwegbecher werden zurzeit stadintern eingelagert. Parallel läuft beim Stadtmarketing eine Abklärung für Vermietung von Räumlichkeiten. Weitere Servicedienstleister sind interessiert, im Raum Zürich eine Waschanlage für das Mehrwegsystem zu betreiben. Dietikon wäre als Standort eine Option.

*Christa Maag* möchte wissen, ob es viele defekte Becher gibt bzw. wie die Qualität zu bewerten ist.

*Roger Brunner* antwortet, dass es sich um gute Qualität handelt; viele wurden verkauft, der Verschleiss ist kein Problem. Die Becher sind 50 bis 80 Mal einsetzbar und haben sich bewährt.

## Spiegel beim Spar-Parkplatz

*Esther Wyss-Tödtli* stellt die Frage:

Ist der Stadtrat bereit, zu überprüfen, ob die Möglichkeit besteht, bei der Ausfahrt vom Spar-Parkplatz in die Steinmürlistrasse auf der gegenüberliegenden Strassenseite einen Spiegel zu montieren, um die Sicherheit beim Abbiegen zu erhöhen?

*Sicherheitsvorstand Heinz Illi* antwortet, dass mögliche Standorte für Verkehrsspiegel mit der verkehrstechnischen Abteilung der Kantonspolizei abzuklären sind. Die Kantonspolizei ist äusserst zurückhaltend mit Aufstellen solcher Verkehrsspiegel, da diese eine falsche Sicherheit vorgeben und die Unfallgefahr aufgrund des Distanzschätzens erhöht wird. Spiegel werden nur an Orten mit ausserordentlich schlechten Sichtverhältnissen und einem Stoppsignal ausnahmsweise aufgestellt. Die Stadtpolizei steht hinter dieser Begründung und sieht keine Notwendigkeit, an diesem Standort einen Spiegel aufzustellen.

## Sicherheitsdienst beim Coop Pronto

Rosmarie Frehsner stellt die Frage:

Ist dem Stadtrat bekannt, dass das Coop Pronto Geschäft beim Bahnhof am Wochenende einen Sicherheitsdienst engagieren muss, um die Sicherheit des Personals und der Kunden zu gewährleisten und wie beurteilt der Stadtrat, im besondern die Sicherheitsabteilung, eine solche Situation in unserer Stadt?

*Sicherheitsvorstand Heinz Illi* antwortet, dass die Sicherheitsabteilung Kenntnis davon hat, dass Coop Pronto beim Bahnhof einen Sicherheitsdienst engagiert. Für die Sicherheit im Verkaufslokal ist in erster Linie der Betreiber zuständig. Es ist daher nicht unüblich, dass Betreiber oder Veranstalter mit ungewöhnlich langen Öffnungszeiten und einem Artikelangebot mit besonderen Auflagen (Verkauf von alkoholhaltigen Getränken) private Sicherheitsdienste beauftragen. Gerade beim Coop Pronto sind die Kombination von langen Öffnungszeiten und der Verkauf von alkoholischen Ge-

31. Sitzung vom 6. November 2008

tränken ursächlich verantwortlich für das gesteigerte Sicherheitsbedürfnis. Für die Sicherheit ausserhalb des Verkaufslokals auf öffentlichem Grund ist die Stadtpolizei mit ihren regelmässigen Patrouillen beim Bahnhof zuständig. Bei strafbaren Vorkommnissen ist das Eingreifen der Polizei über die Einsatzzentrale der Kapo sichergestellt.

**K1.12.Ste. Kanalisation Steinmürlistrasse**

**Studackerstrasse bis Rainackerstrasse**

Bauabrechnung

**Erläuterung**

Der Gemeinderat bewilligte 4. November 2004 für die Erstellung des Mischwasserkanals Steinmürlistrasse, im Abschnitt Studackerstrasse bis Rainackerstrasse, einen Kredit von Fr. 244'000.00 (inkl. MWSt). Die Abrechnung präsentiert sich wie folgt:

	Kostenschätzung	Bauabrechnung
Erwerb von Rechten	Fr. 1'000.00	Fr. 1'934.75
Bauarbeiten	Fr. 200'000.00	Fr. 206'005.25
Technische Arbeiten	Fr. 26'000.00	Fr. 27'909.80
Mehrwertsteuer	Fr. <u>17'000.00</u>	Fr. <u>17'924.55</u>
<i>Total</i>	<i>Fr. 244'000.00</i>	<i>Fr. 253'774.35</i>

Die Mehrkosten bei den Bau- und technischen Arbeiten sind auf zusätzliche Etappierungen mit Mehraufwand für Verkehrsumlegungen und den Fussgängerschutz zurückzuführen.

**Referent:** Jörg Dätwyler, Mitglied der RPK

*Jörg Dätwyler* führt aus, dass er und Patrick Knecht am 3. Juni 2008 die Bauabrechnung prüften. Die Abrechnung ist sauber geführt, alle Belege sind vorhanden und mit den nötigen Visa versehen. Der Mehraufwand ist plausibel und die RPK ersucht um Genehmigung der Bauabrechnung.

**Abstimmung:**

Der Gemeinderat beschliesst einstimmig:

Die Bauabrechnung für die Erstellung des Mischwasserkanals Steinmürlistrasse, im Abschnitt Studackerstrasse bis Rainackerstrasse, von Fr. 253'774.35 wird genehmigt.

Rechtsmittel:

Eine allfällige Gemeindebeschwerde gegen diesen Beschluss kann gemäss § 151 Gemeindegesetz i.V.m. § 21 ff. Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRG) innert 30 Tagen ab amtlicher Publikation schriftlich und begründet beim Bezirksrat Dietikon eingereicht werden.

Mitteilung an:

- Stadtrat.

31. Sitzung vom 6. November 2008

## **U1.24. Spezialabfahren, Sammelstellen, Altautos**

### **Bring- und Hol-Anlage / Hol- und Bring-Tage**

#### Postulatsbericht

Elsbeth Preisig, Mitglied des Gemeinderates, und 7 Mitunterzeichnende haben am 17. Januar 2008 ein Postulat betreffend Bring- und Hol-Anlage / Hol- und Bring-Tage eingereicht. Der Gemeinderat überwies das Postulat am 14. April 2008 an den Stadtrat. Der Stadtrat hat am 23. Juni 2008 dazu folgenden Bericht erstattet:

Für eine dauerhafte Einrichtung für Bring- und Hol-Tage würde sich nur die Sammelstelle Zelgli eignen. Die vorgesehene Erweiterung der Sammelstelle dient in erster Linie der dringenden Verbesserung der gegenwärtigen Betriebsabläufe. Dafür sind zwei weitere Sammelcontainer sowie sechs zusätzliche Parkplätze vorgesehen. Um zu verhindern, dass die Bring- und Hol-Anlage als Entsorgungsmöglichkeit für Sperrgut missbraucht wird, müsste sie dauernd betreut werden, was zusätzliche Personalkosten zur Folge hätte

Früher wurden nicht mehr benötigte Gegenstände an den Strassenrand gestellt, damit sie gratis mitgenommen werden konnten. Oft wurden diese Waren aber stehen gelassen und die Eigentümer und Eigentümerinnen kümmerten sich auch nicht mehr darum. Die Mitarbeitenden des Strassendienstes mussten diese dann als "illegalen Abfall" auf Kosten der Stadt entsorgen. Deshalb wurde diese Praxis verboten.

Erfahrungsberichte anderer Gemeinden haben gezeigt, dass Bring- und Hol-Tage nicht das gewünschte Ziel erreichen. Noch brauchbare Gegenstände werden immer weniger, zu entsorgendes Material dafür immer mehr an die Abgabestelle gebracht. Viele Händler wittern ein gutes Geschäft, bereichern sich an den guten Gegenständen und verkaufen die Ware wieder an Flohmärkten oder in Brockenhäusern.

Für einen Bring- und Hol-Tag benötigt es mindestens 10 Mitarbeiter. Zusätzlich sollte immer ein Polizist vor Ort sein, denn gute Gegenstände lösen oft Streitigkeiten zwischen Personen aus. Die Entsorgungskosten eines solchen Bring- und Hol-Tages würden sich auf über Fr. 10'000.00 belaufen. Personalkosten wären separat anzurechnen.

Eine Alternative zu Bring- und Hol-Tagen besteht in Form des bestehenden wöchentlichen Flohmarktes. Einwohner und Einwohnerinnen haben dort die Möglichkeit, Gebrauchsgegenstände an den Mann bzw. die Frau zu bringen. Bei der Sammelstelle Zelgli ist es nicht verboten, gute Gegenstände zur Ansicht und Mitnahme an den Muldenrand zu stellen. Diese Variante wird oft genutzt.

Das Atelier 23 ist eine Anlaufstelle für noch "Brauchbares" und bietet die Gegenstände zur Weitervermittlung an. Das Atelier 23 teilt mit, dass auch Sie aus Kostengründen keine Bring- und Hol-Tage einführen werden.

#### **Diskussion:**

*Catherine Peer* hält namens der zurückgetretenen Elsbeth Preisig fest, dass sie die Antwort nicht befriedigt. Der Hinweis auf hohe Kosten ist kein wirkliches Argument - und dass früher Gegenstände einfach an die Strasse gestellt wurden, ist ihr ebenfalls nicht neu. Vom Polizeisekretariat erhielt sie die Auskunft, dass die Jahreskarten für den Flohmarkt sehr begehrt sind, diese jedoch nur für ein Jahr gekauft werden können. Wenn sie nun nach der Frühlingsreinigung Gegenstände am Flohmarkt verkaufen möchte, müsste sie eine Jahreskarte kaufen. Wäre es nicht möglich, solche Karten nur für eine Zeit von einem oder zwei Märkten zu verkaufen? Im Tessin gibt es fast in jedem Tal eine

31. Sitzung vom 6. November 2008

Sammelstelle mit gedecktem Unterstand, wo man gebrauchsfähige Artikel abstellen kann. Vielleicht wäre das eine Idee für unsere neuen Sammelstellen.

*Rochus Burtscher* erklärt, dass er von *Elsbeth Preisig* enttäuscht sei, er hat die ihm von ihr offerierte Pfanne bis heute nicht erhalten hat.

*Ratspräsident Samuel Spahn* erklärt, dass da der Inhalt des Postulats in die Zuständigkeit des Stadtrates fällt. Damit gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

**P2.93. Verkehrsüberwachung, Verkehrsdienst**  
**S3.51. Radwegnetz**

**Veloverkehr in Dietikon**

Postulatsbericht

*Elsbeth Preisig*, Mitglied des Gemeinderates, und 9 Mitunterzeichnende haben am 1. November 2007 ein Postulat betreffend Veloverkehr in Dietikon eingereicht. Der Gemeinderat überwies das Postulat am 17. Januar 2008 an den Stadtrat. Der Stadtrat hat am 14. Juli 2008 dazu folgenden Bericht erstattet:

Die Stadt Dietikon verfügt über ein relativ dichtes Netz an kommunalen Radwegen und wird von zwei regionalen Velorouten durchquert. Ob ein genereller Anpassungs- oder Ergänzungsbedarf am kommunalen Radwegnetz besteht, wird im Zusammenhang mit der laufenden Revision des regionalen Verkehrsrichtplans gesamthaft überprüft.

Verbesserungen für Velofahrer stellen eine Daueraufgabe dar und werden im Rahmen von Strassenbauvorhaben laufend umgesetzt. So konnten mit den kürzlich erfolgten Beruhigungsmassnahmen an der Badenerstrasse auch Verbesserungen für den Veloverkehr auf dieser Einfallsachse erzielt werden.

Im Zusammenhang mit der Neuüberbauung TRIO ist mit dem Kanton vereinbart, die Zürcherstrasse entlang des ehemaligen Schellerareals zu beruhigen und die Situation für die Velofahrerinnen und Velofahrer zu verbessern. Zudem ist die Stadt im Gespräch mit dem Kanton über die Erneuerung der sanierungsbedürftigen Zentral- bzw. Zürcherstrasse zwischen der Reppisch- und der Poststrasse. Sie wird sich dafür einsetzen, dass dieser Abschnitt für den Veloverkehr sicher gestaltet wird.

Auf der Bremgartnerstrasse ist wegen der engen Platzverhältnisse und der starken Verkehrsbelastung (inkl. S-Bahn) kein separater Velostreifen machbar. Daher erfolgt der Zugang zum Stadtzentrum per Velo von Süden her über die Obere Reppischstrasse bzw. die Poststrasse.

**Diskussion:**

*Esther Tonini* kommt auf die Aussage von *Rochus Burtscher* zurück und erklärt, dass *Elsbeth Preisig* an den letzten beiden Sitzungen jeweils anwesend war, als ihre Vorstösse zwar traktandiert waren, jedoch nicht behandelt werden konnten. Vielleicht hatte sie die versprochene Pfanne damals dabei. Fahrradfahren ist in Dietikon gefährlich, deshalb fahren viele Velofahrer auf dem Trottoir, was sie als Fussgängerin stört. Der langsamere Verkehr wird immer wieder schikaniert und vom schnelleren Verkehr behindert: Autos gegen Fahrräder, Fahrräder gegen Fussgänger. Wir alle wollen, dass die Schulkinder zu Fuss oder mit dem Fahrrad zur Schule gehen, für die Sicherheit dieser Kinder im Strassenverkehr wird aber nichts getan. Deshalb bleibt vielen Eltern gar nichts anderes übrig, als sie mit dem Auto zu bringen. Sie fragt sich, ob die Stadträte auch in Dietikon mit dem Fahrrad fahren. Die immer wieder erwähnten regionalen Routen nützen dem Zentrum nichts. Wenn der Stadtrat in der Antwort von überprüfen spricht, will sie ihm dieses Prüfen sehr ans Herz legen. Das Ver-

31. Sitzung vom 6. November 2008

sprechen, sich beim Kanton einzusetzen, hört sie sehr gerne und nimmt es entgegen. Sie erwartet, dass das Versprechen eingehalten wird.

*Josef Wiederkehr* erklärt, dass er auch Vorstösse zur Verbesserung der Situation für Velofahrer eingereicht hat. Er ist enttäuscht über die Antwort des Stadtrates, da wenig Konkretes ausgesagt wird. Die heutige Situation ist unbefriedigend und es ist ärgerlich, dass die Volkswirtschaftsdirektorin den Ausbau der Radwege vorantreibt und die Limmattaler Projekte bevorzugt behandelt werden sollen, aber kein einziges Dietiker Projekt darunter ist. Was ist der Grund dafür? Die Volkswirtschaftsdirektion beklagt sich, dass zu wenig konkrete Projekte vorliegen. Die Stadt Dietikon hat nun noch die Chance, weiter zu kommen. Andere Limmattaler Gemeinden sind schon weiter und es ist zu hoffen, dass auch der Stadtrat Dietikon, insbesondere im Limmattfeld, diese Chance ergreift.

*Christa Maag* erklärt, dass vieles gesagt wurde und sie ihre Vorredner nicht wiederholen will. Massnahmen kosten viel Geld, teilweise erweisen sie sich später als nicht zielführend. Eine nützliche Massnahme wäre weniger Verkehr. Dies dürfte jedoch sehr unwahrscheinlich sein. Die Gemeinderäte als Volksvertreter könnten eine Vorbildfunktion wahrnehmen, indem kurze Strecken mit dem öffentlichen Verkehr, dem Fahrrad oder zu Fuss unternommen werden. Bei schlechtem Wetter kann man sich entsprechend kleiden. Mit Ausnahme der Bequemlichkeit steht nichts für eine solche Massnahme im Weg.

*Stadtpräsident Otto Müller* erläutert, dass der Stadtrat Velowege ernst nimmt, er kann diese aber nicht in zwei oder drei Monaten erschaffen. In den letzten Jahren wurden an verschiedenen Orten Verbesserungen für Fahrradfahrer erreicht. Der Stadtrat hat sich gegen die Änderung des Richtplans gewehrt und diverse Anliegen eingebracht, die nun auch berücksichtigt werden.

*Lucas Neff* erklärt, dass auch er sich als Fahrradfahrer äussern muss. Er unterstellt dem Stadtrat keine Blauäugigkeit, jedoch fühlt er sich in der Problematik nicht sonderlich ernst genommen. Die Bernstrasse mit der erwähnten Auto- und Fahrradführung ist ein typisches Beispiel dafür: der Autoverkehr führt über den Veloweg und die Fahrräder können den grossen Umweg nehmen. Die Sichtweise des Stadtrates sollte sich ändern. An der Bremgartnerstrasse weichen viele Velofahrer auf das Trottoir aus, da die Autofahrer keinen Respekt vor den Fahrradfahrern haben.

*Rosmarie Frehsner* erklärt, dass Velofahren immer gefährlich ist, nicht nur in Dietikon, da man ein schwächerer Verkehrsteilnehmer ist. Das Problem für Velofahrer ist die BDB und nicht der Individualverkehr. Die Schienenquerungen sind sehr gefährlich und auch auf dem Radstreifen ist es gefährlich; dort hat es auch Fussgänger mit Hunden, Skatern usw.

*Ratspräsident Samuel Spahn* erklärt, dass da der Inhalt des Postulats in die Zuständigkeit des Stadtrates fällt. Damit gilt es mit diesem Bericht gemäss § 56 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates als erledigt.

## **E2.4. Gesamtenergiekonzept, Energiewirtschaft**

### **Erdwärme**

#### Postulatsbericht

Peter Wettler, Mitglied des Gemeinderates, und 13 Mitunterzeichnende haben am 14. Dezember 2007 ein Postulat betreffend Erdwärme eingereicht. Der Gemeinderat überwies das Postulat am 17. Januar 2008 an den Stadtrat. Der Stadtrat hat am 14. Juli 2008 dazu folgenden Bericht erstattet:

In der im Jahr 2003 vom Stadtrat festgesetzten und vom Regierungsrat genehmigten Energieplanung der Stadt Dietikon sind die Prioritäten für die Versorgung der einzelnen Gebiete mit Energie

31. Sitzung vom 6. November 2008

festgelegt worden. Ziel der Energieplanung ist die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Dies soll primär durch den Einsatz erneuerbarer Energie in städtischen Liegenschaften (z. B. Holzschnitzelheizungen) sowie die KVA- und die ARA-Abwärmenutzung erreicht werden.

Die Umsetzung sieht wie folgt aus: Im Schulhaus Steinmürli wurde eine Holzschnitzelheizung und eine Fotovoltaikanlage eingebaut. Die neuen Überbauungen im Limmattfeld werden mit ARA-Abwärme beheizt. Die Wärmelieferung wird gemeinsam vom Kläranlageverband Limmattal und von den EKZ erbracht. Auch die geplante Versorgung des Niderfelds mit KVA-Abwärme entspricht der prioritären Zielsetzung der Energieplanung.

Im Weiteren werden Wärmepumpen mit Erdsonden durch Förderbeiträge der Stadt Dietikon unterstützt. Bei der Überbauung Cattaneo-Areal erfolgt die Wärmeversorgung durch Wärmenutzung des Grundwassers, bei der Überbauung Trio durch Limmatwassernutzung.

Gemäss Auskunft der schweizerischen Vereinigung für Geothermie ist für die Nutzung von Erdwärme aus über 500 Meter Tiefe eine spezielle Technik notwendig und erfordert sehr grosse Projekte mit hohem Energiebedarf. Solche sind momentan ausserhalb des Gebietes, das für die ARA- und KVA-Abwärmenutzung vorgesehen ist (Limmattfeld und Niderfeld), in Dietikon nicht vorhanden.

Bei der Nutzung der Geothermie zur Stromerzeugung steht die Entwicklung der entsprechenden Technik heute erst am Anfang und ist noch nicht reif für die Anwendung.

Dietikon hat die Nutzung von erneuerbarer Energie stets gefördert, die Auszeichnung Energiestadt ist die Anerkennung dafür. Als nächsten Schritt gilt es, die ARA- und KVA-Abwärmenutzung umzusetzen. Die Technologie zur Nutzung von Erdwärme für Heizzwecke und zur Stromproduktion wird weitere Fortschritte machen, sodass sich daraus neue Einsatzmöglichkeiten und Projekte ergeben, die möglicherweise auch in Dietikon eingesetzt werden können.

## **Diskussion:**

*Peter Wettler* führt aus, dass er enttäuscht über den oberflächlichen Bericht des Stadtrates ist. Offenbar fehlt das Interesse, Massstäbe zu setzen. Zwar steht die Geothermie nicht in den stadträtlichen Richtlinien oder in der Vision 2020, das Big-Band-Festival allerdings auch nicht. Dietikon ist leider bei den falschen Themen Spitze: beim Steuerfuss, bei den Sozialausgaben und der kleinen Anzahl an Schülerinnen und Schüler, welche die Gymiprüfung bestehen. In Schlieren und Spreitenbach wird energiepolitisch viel mehr gemacht, insbesondere für Minergiebauten und Fotovoltaikanlagen. Warum will der Stadtrat nicht, dass Dietikon eine energiepolitische Pionierstadt wird? Der grösste Teil der in der Schweiz verbrauchten Energie wird aus dem Ausland importiert; so zahlt jede Person in der Schweiz rund Fr. 1'550.00 für den Energieverbrauch an Länder wie Libyen, Iran und Russland. Den grössten Teil der Energiekosten könnte man einsparen, da über 99 % der Erde heisser sind als 1'000 °C. Diese Wärme könnte für die Stromerzeugung oder das Heizen genutzt werden. Im obersten Bereich der Erde liegt Energie brach, die reichen würde, die Welt tausende von Jahren mit Energie zu versorgen und erst noch ohne schädliche Auswirkungen. In seinem Postulat regte er an, zusammen mit den EKZ, der ETH, dem Bundesamt für Energie, dem Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft des Kantons Zürich, der schweizerischen Gesellschaft für Geothermie und dem schweizerischen Erdbebendienst in Dietikon zu erforschen, wie man die Erdwärme energetisch für das Limmattal nutzen könnte. Dies wäre eine Pioniertat, welche der Stadt grosse Reputation, aber keine Kosten bringen würde. Die Gemeinde Unterhaching bei München wird seit einem Jahr mit Erdwärme geheizt, in diesen Tagen soll auch ein Geothermiekraftwerk ans Stromnetz gehen. In Basel soll Wasser bis in 5'000 Meter Tiefe gepumpt werden, welches sich dort erwärmt und zurück an der Oberfläche Wärme oder Strom erzeugt. Im Elsass ist seit Juli 2008 ein Kraftwerk erfolgreich in Betrieb, das rund 1'500 Haushaltungen mit Strom versorgt, die Basler Anlage würde rund dreimal

31. Sitzung vom 6. November 2008

soviel abdecken. Es tut ihm leid, dass der Stadtrat abwarten will, obwohl in der Energiebranche niemand daran zweifelt, dass in der Geothermie die Energiezukunft steckt.

*Martin Müller* stellt fest, dass der Postulant der Stadt Dietikon eine Pionierrolle im DeepHeatMining zuteilen will. Die Kosten verdoppeln sich pro 1'000 Meter Bohrungstiefe. Man hat in Basel 5 Kilometer tief gebohrt und rechnet mit Kosten von 86 Millionen Franken. In Zürich müsste man 7 Kilometer tief bohren, was die Kosten vervierfachen würde. Solches kann man sich in Basel leisten, wo grosse Pharmamultis Steuern bezahlen; aber nicht in Dietikon, wo man Steuerausgleich bezieht. Er stimmt mit dem Stadtrat überein und will zuerst die oberirdisch vorhandene Abwärme nutzen.

*Max Wiederkehr* erklärt, dass er einige Begriffe erläutern will, zu diesem Zweck hat er ein Infoblatt verteilen lassen. In der Erde ist genügend Energie vorhanden, um die Welt damit zu versorgen. Geothermie beginnt bereits mit Oberflächenwasser oder in Tiefe von 20 Metern. Erdsonden reichen maximal 250 Meter tief. Wenn man sehr tiefe Geothermie in ca. 5 Kilometer Tiefe nutzen will, findet man Wasser mit rund 170 bis 200 C. Tiefere Nutzungen sind noch nicht sehr ausgereift. Die Nutzung von Geothermie ist CO<sub>2</sub>-frei, Holz ist nur CO<sub>2</sub>-neutral. Er versteht die Antwort des Stadtrates nicht, der sich verteidigt, aber nicht auf das Postulat eingeht. Die Stadt Zürich plant jetzt eine Bohrung von 3,2 Kilometer Tiefe für das Triemlispital; solche Verbraucher wird man künftig auch in Dietikon finden. Der Postulant fordert nicht, dass solche Projekte realisiert werden, sondern es soll lediglich geprüft werden, ob solche möglich wären. Für normale Tagesgeschäfte ist die Verwaltung kompetent und zuständig; für vorausschauende Ideen ist der Stadtrat zuständig. Deshalb ist die Antwort für ihn eine verpasste Chance.

*Peter Wettler* bedauert die Äusserungen von Martin Müller und dankt für das Votum von Max Wiederkehr. In Finnland wird zurzeit ein Kernkraftwerk gebaut, das bisher 32 Milliarden Euro kostete und erst drei Jahre nach dem vorgesehenen Termin fertiggestellt ist; auch Atomkraft ist also teuer. Die Abfälle der Atomkraftwerke sind zudem sehr schädlich.

*Martin Müller* weiss, dass finnische oder schweizerische Kernkraftwerke viel Geld kosten. Man muss aber darauf achten, welche Leistungen man für welchen Preis erhält.

*Werkvorstand Jean-Pierre Balbiani* erklärt, dass Dietikon letztes Jahr das Reaudit als Energiestadt verbessert abschliessen konnte. Dieser Benchmark war erfolgreich und Dietikon ist weiter als viele andere Gemeinden. Ein solches Bohrprojekt ist für Dietikon nicht finanzierbar. Der Lärm eines solchen Bohrturms wäre für die Wohngebiete nicht tragbar. Beim angesprochenen Projekt beim Triemlispital rechnet man damit, mit der Anlage jährlich 750'000 Liter Öl einsparen zu können. Im Limmatfeld werden durch die Abwärme 1,3 Millionen Liter Erdöl pro Jahr eingespart. Dietikon könnte 8'000 Haushalte mit der Abwärme versorgen und auch der Strom der KVA gilt zu 50 % als erneuerbare Energie, der Strom der ARA sogar zu 85 %. Dietikon produziert also bereits umweltschonend Energie. Dies alles hat den Stadtrat zu dieser Antwort bewogen.

*Patrick Knecht* dankt der Aufzählung von Jean-Pierre Balbiani, welche zeigt, dass sich der Stadtrat gut mit dem Postulat befasst hat. Dennoch ist die Schlussfolgerung falsch. Investoren kommen von selbst, aber man muss Hand bieten. Er fordert den Stadtrat auf, diese Fakten zu berücksichtigen, sollte sich ein Investor melden. Dem Label Energiestadt wäre so noch mehr Rechnung getragen.

*Werkvorstand Jean-Pierre Balbiani* erwidert, dass das EWZ ein solches Vorhaben infolge wirtschaftlicher Risiken ablehnt. Man kennt den Untergrund nicht und weiss nicht, wie lange eine Bohrung dauern würde; bzw. ob es überhaupt Bohrunternehmen gibt, die ein solches Projekt durchführen könnten. Ausserdem sind Einsprachen, Auflagen usw. auch zu berücksichtigen. Wieso soll der Stadtrat ein solches Risiko eingehen und dies von den Dietiker Einwohnern bezahlen lassen?

*Peter Wettler* erklärt, dass er nicht richtig verstanden wurde. Die Stadt müsste das Land für die Bohrung zur Verfügung stellen, alles andere würden Investoren übernehmen. Diese Technologien

31. Sitzung vom 6. November 2008

müssen von der ETH und anderen Institutionen erforscht werden. Die Steuerzahler müssten kein Geld bezahlen und Dietikon würde eine Forschungsstätte für Geothermie werden. Dies wäre für das Image dienlich. Jeder in der Forschung tätige weiss, dass am Anfang Gelder fließen müssen, um wirtschaftliche Lösungen zu erzielen.

*Markus Erni* glaubt, dass Peter Wettler dem Werkvorstand nicht zugehört hat. Das EWZ sieht kein Potenzial in Dietikon. Mit einigen kostenlos zur Verfügung gestellten Quadratmetern kann man keine Investoren anlocken.

*Ratspräsident Samuel Spahn* erklärt, dass der Inhalt des Postulats in die Zuständigkeit des Stadtrates fällt. Damit gilt es mit diesem Bericht gemäss § 56 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates als erledigt.

**Schluss der Sitzung: 22:00 Uhr**

Die Richtigkeit des Protokolls bezeugen:

Samuel Spahn  
Präsident

Hugo Kreyenbühl  
Sekretär

Pius Meier  
Stimmzähler

Esther Tonini  
Stimmzählerin

Thomas Wirth  
Stimmzähler